

Europas Energiepolitik ist wirtschaftlicher Selbstmord

In diesem weitreichenden Gespräch beleuchtet der Ökonom Michael Hudson u.a. die jüngsten Sanktionsbemühungen des Westens und die strukturellen Gründe, warum Europa immer wieder gegen seine eigenen wirtschaftlichen Interessen handelt.

Wir diskutieren, wie sich Europa in eine kostspielige Energieabhängigkeit von den USA einschließt; den Kontrast zwischen dem westlichen Finanzkapitalismus und Chinas industriellem Ansatz, die verlorenen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und Russland sowie die langfristigen Folgen für die Industrie, den Lebensstandard und die Geopolitik.

14. Oktober 2026 | Ian Proud und Michael Hudson

Ian Proud: Professor Michael Hudson, schön, Sie wiederzusehen. Ich genieße unsere Gespräche über Wirtschaft sehr, ein Thema, das mir am Herzen liegt.

Der 14. Oktober: Selensky war in London, und der britische Finanzminister war in Thailand, um auf weitere Sanktionen gegen Russland zu drängen, insbesondere Sanktionen gegen russisches Flüssigerdgas. Es wirkt fast schon komisch, darüber zu diskutieren, während es gerade eine weltweite Energieknappheit gibt, die durch die US-Politik im Iran verursacht wurde.

Dem muss man Trumps Entscheidung gegenüberstellen, die Sanktionen gegen russisches Öl aufzuheben, um die USA mit Diesel für 9,8 Tage zu versorgen. Die gesamte westliche Außenpolitik ist schon mal völlig unzusammenhängend und absolut unsinnig. Wie lassen sich diese Entwicklungen erklären?

Dieselabkommen zwischen USA und Europa

Michael Hudson: Das Abkommen mag sich zwar nicht wesentlich auf die Preise in den USA auswirken, aber es zementiert, wie Sie bereits angemerkt haben, die Abhängigkeit Europas von den USA und die Tatsache, dass die europäische Außenpolitik von der EU-Führung unter von der Leyen und Kallas aus Estland vereinnahmt wurde. Und was heute wirklich selbstzerstörerisch ist: Der Euro-Wechselkurs gegenüber dem Dollar ist gerade auf 1,11 Dollar abgestürzt, nach 1,15 Dollar noch vor einem Monat – was gewissermaßen darauf hindeutet, dass die USA Europa als selbstmörderisch betrachten.

Im Grunde haben die E3-Chefs erklärt, es lohne sich, die Lebenshaltungskosten für die europäischen Arbeitnehmer zu erhöhen.

Es lohne sich, die Sozialprogramme zu kürzen, nur um die Militärausgaben für einen bevorstehenden Krieg mit Russland zu erhöhen, den wir alle in ein oder zwei Jahren erwarten. Präsident Putin sagte kürzlich, der Krieg würde wahrscheinlich nur ein paar Stunden dauern. Man weiß also, was für ein Krieg das wäre. Es wird nicht so sein, dass Europa so behandelt wird, wie Russland die Ukraine behandelt – nämlich in einer Weise, die darauf abzielt, die slawische Bevölkerung der

Ukraine zu erhalten und sie zu einem lebensfähigen Staat zu machen, so wie es Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg war.

Es ist einfach erstaunlich, wie sehr das Abkommen, das Trump mit Europa geschlossen hat, zeigt, in welchem Maße Europa bereit ist, die Kosten für die Unterstützung der USA zu tragen. Es ist fast eher pro-amerikanisch als anti-russisch. **Das Abkommen sieht Folgendes vor:** Europa wird seine nationalen Erdölreserven zu den aktuellen Preisen, die künstlich niedrig gehalten werden, an die USA verkaufen. Entweder muss es eine Manipulation des Ölmarktes durch Brent und andere Handelsinstrumente seitens des US-Finanzministeriums oder durch andere intervenierende Akteure geben, oder es liegt einfach daran, dass Investoren den optimistischen Äußerungen Trumps Glauben schenken, wonach sich alles wieder normalisieren wird, sobald wir die Straße von Hormus wieder öffnen können – was jedoch nicht geschehen wird.

Europa wird sein Dieselöl zu den heutigen Preisen verkaufen, und am Ende des von Trump ausgehandelten Viermonatszeitraums wird Europa seine Ölreserven wieder auffüllen, indem es zu Preisen einkauft, die mindestens doppelt so hoch sein könnten wie die aktuellen Dieselpreise, denn Tatsache ist, dass die Öl- und Deselexporte aus dem Persischen Golf durch die Houthis und die Jemeniten, die sich dem Krieg gegen Saudi-Arabien angeschlossen haben, sowie durch die Bombardierungen des Iran zum Erliegen gebracht wurden.

Die Zerstörung der Öl- und Raffineriekapazitäten sowie der Erdgas- und Düngemittelsexporte aus dem Persischen Golf wird nun voraussichtlich zwischen sieben und zehn Jahren dauern, bis sie wieder aufgeholt sind. Dies wird zu einem langfristigen Anstieg nicht nur der Öl-, Gas- und Düngemittelpreise führen, sondern auch zu einem Rückgang der Verfügbarkeit der Energie, die in der Vergangenheit zur Verfügung stand.

Man sieht also, wie die USA die Verhandlungen der EU immer wieder vereitelt haben. Ich vermute, alles begann mit Trumps Zollpolitik, der sich von der Leyen beugte und im Gegenzug akzeptierte, dass die USA der EU – wie sich herausstellte – illegale Zölle in Höhe von 25 Prozent auferlegten und diese auf ebenso illegale 15 Prozent senkten. Die USA forderten von Europa Zugeständnisse in dem Sinne, dass es sich wirtschaftlich zum Kampf gegen Russland verpflichten und langfristig zustimmen sollte, amerikanisches Öl und Gas zu deutlich höheren Preisen zu kaufen, als sie aus Russland oder dem Iran erhältlich waren – im Grunde genommen.

Die Inflation und die damit einhergehende Schließung der europäischen Schwerindustrie, der Glas- und der Düngemittelindustrie sowie die Kürzungen beim Anbau von Nutzpflanzen in ganz Europa – all das sind politische Entscheidungen, und laut Meinungsumfragen stoßen sie offensichtlich bei den Wählern insgesamt auf Ablehnung. Aber sie wird von Merz und Macron sowie dem britischen Premierminister unterstützt, als ob sie tatsächlich für die USA arbeiten würden – deren NGOs, so vermute ich, ihre Karrieren von Anfang an gefördert haben, damit sie in ihre derzeitigen Positionen aufsteigen konnten –, und es scheint keinen Weg zu geben, wie Europa damit zurechtkommen könnte, wie man die europäische Politik tatsächlich im eigenen Interesse und nicht im Interesse der USA gestaltet. Hier weiß ich nicht, was ich sagen soll.

Europa wird später das Doppelte der Kosten für das Öl zahlen müssen, das es zur Auffüllung seiner Reserven in die USA geliefert hat. Das ist ein reines Verschenken, und aufgrund der europäischen Haushaltsregeln bedeutet dies, dass an anderer Stelle in der Wirtschaft Ausgaben gekürzt werden

müssen. Bei den Militärausgaben wird das offensichtlich nicht der Fall sein, da diese auf, ich vermute, auf die gemeldeten 5 Prozent angehoben werden, von denen alle sprechen. Wenn das der Fall ist, bedeutet das, dass das gesamte potenzielle Wachstum Europas, das gesamte BIP-Wachstum, dafür aufgewendet wird, Russland zu bekämpfen, um jeden Gedanken an einen europäischen Energiehandel mit Russland zu verhindern – was bis 2022, als Europa sich bereit erklärte, seine Politik zu verschärfen, die gesamte Grundlage seiner relativ niedrigen Kostenstruktur bildete.

Ich möchte eine Anmerkung dazu machen, was hier in Amerika geschieht, um einen Eindruck davon zu vermitteln, wie dieses Abkommen mit Europa aufgenommen wird. Der Widerstand gegen das Abkommen geht nicht von den Republikanern aus. Sie scheuen sich davor, jegliche Kritik an Donald Trump zu üben; die Kritik kommt vielmehr von der Demokratischen Partei, insbesondere von Charles Schumer, dem Vorsitzenden der Demokraten im Senat, der zu 100 Prozent hinter den Neokonservativen und der Wall Street steht. Er sagte, dass die Demokraten dies in wenigen Wochen durchsetzen wollen. In diesem Kampf gegen Trump geht es darum, dass dieser ein Abkommen mit Russland schließt, und die Amerikaner sollten genau das tun, was die Europäer tun, nämlich im Wesentlichen einen Kriegskurs gegen Russland einschlagen und jegliche Art von Abkommen ablehnen, das geschlossen werden könnte.

Es entsteht also eine Einheitsfront zwischen Europa und den USA, die dazu führen wird, dass Europa noch stärker von US-Energie abhängig wird, die Kosten noch weiter steigen und der Euro gegenüber dem US-Dollar noch weiter an Wert verliert.

Ian Proud: Ich war vor zwei Wochen in Russland, und wie Sie wissen, ist dies ein Land, das über riesige Öl- und Gasreserven verfügt – zwar nicht der größte Produzent der Welt, aber einer der größten. Der springende Punkt ist jedoch, dass es energieunabhängig ist, und das liegt eigentlich nur daran, dass es derzeit ein Verkäufermarkt ist. Es hat seinen Handel einfach auf andere Länder verlagert.

All diese Sanktionen, der Verzicht auf den Kauf von Energie aus Russland, haben also keinerlei Auswirkungen auf Russland. Das ist das Unlogische daran. Ich schaue mir regelmäßig die Zahlen zur russischen Zahlungsbilanz an, und sie haben sich nicht verändert. Tatsächlich verzeichnete das Land im ersten Kriegsjahr (2022) einen unerwarteten Gewinn, doch seitdem liegen die Leistungsbilanzüberschüsse leicht über den Durchschnittswerten aus der Zeit vor dem Krieg.

Die Rhetorik, keine russische Energie zu kaufen, ist also eigentlich selbstzerstörerisch, weil sie unseren Volkswirtschaften schadet. Sie schadet der russischen Wirtschaft nicht wirklich, was eindeutig die Absicht ist. Sie ist also kontraproduktiv.

Aber zurück zum europäischen Diesel-Deal mit den USA. Wie kommt man überhaupt darauf, dass die USA in vier Monaten über Diesel verfügen werden, den sie zurück in die EU exportieren können? Ich meine, das ist meine Frage. Okay, ich verstehe den Handel: Wir verkaufen ihnen günstigen Diesel aus den nationalen Erdölreserven, und wir kaufen schließlich Anfang nächsten Jahres teuren Diesel aus den USA zurück.

Um welchen Diesel geht es dabei?

Michael Hudson: Nun, das ist das Ironische an der ganzen Sache, vor allem angesichts der Tatsache, dass die USA russische Raffinerien bombardieren lässt und damit russische Dieselexporte

blockiert haben. Woher soll dieses russische Öl denn kommen? Und wir wissen, dass Europa indirekt russisches Öl gekauft hat. Das russische Öl, das verkauft werden soll, scheint größtenteils iranisches Öl zu sein. Russland wird also Öl aus dem Iran zu relativ niedrigen Preisen kaufen, den Preis erhöhen und es dann als russisches Öl an all die verschiedenen Abnehmer verkaufen, die Öl, Diesel und russische Energie benötigen.

Sie haben also Recht. Der Punkt, den Sie gerade angesprochen haben, ist:

Russland braucht den europäischen Markt nicht wirklich und wird daher durch die Sanktionen nicht wirklich geschädigt.

Der einzige Leidtragende ist Europa selbst, denn Russland kann dieses Öl nun an Indien, an Länder des Globalen Südens oder an asiatische Länder wie Japan, Korea und andere verkaufen, die das Öl ersetzen müssen, das sie nicht mehr aus den Ländern am Persischen Golf beziehen können.

All diese Isolierung Russlands trägt also lediglich dazu bei, dem Iran einen Markt zu verschaffen, auf dem er wieder genügend Devisen einnehmen oder beschaffen kann, um das, was er benötigt, aus den asiatischen Ländern zu kaufen – und zwar überhaupt nicht aus Europa.

Europa und die USA isolieren sich also gewissermaßen vom Rest des Marktes, und offenbar gibt es innerhalb der USA auch einen politischen Machtkampf zwischen Trump und der CIA.

Es spielt sich eine Farce ab, in der Trump Selensky auffordert, die Bombardierung russischer Raffinerien einzustellen, während die USA der Ukraine gleichzeitig Satelliten-Lenkdaten zur Verfügung stellen, damit diese die russischen Ölraffinerien bombardieren kann.

Es scheint, als ob die CIA von ihren deutschen und anderen Büros aus operiert, wo sie all diese Satellitendaten koordiniert. Die Frage ist also: Wird Trump selbst lediglich zu einer Marionette gemacht, und übernimmt die CIA – der „Deep State“ der Neokonservativen – tatsächlich die Politik?

Und wenn das der Fall ist, haben die Neokonservativen für die EU nicht mehr Sympathie als für Russland, und sie sehen in Europas wiederholter Kapitulation vor fast allen Forderungen Trumps lediglich ein Zeichen. Nun, man weiß nie, wie weit man gehen kann, bis es zu Gegenwehr kommt, und man hätte meinen können, dass diese Diesel-Vereinbarung für sie (die Europäer) eine Gelegenheit gewesen wäre, sich im Rahmen anderer Verhandlungen zu behaupten, aber diese Kapitulation, die sie in der Diesel-Frage vollzogen haben, geht Hand in Hand mit einem anderen Konflikt, der gerade stattfindet.

Dass die USA von ihnen verlangen, ihre Steuerpolitik aufzugeben, während die EU von einer Körperschaftssteuer für KI-Unternehmen und die großen US-amerikanischen IT-Monopole wie Google, Meta usw. gesprochen hat, um Einnahmen aus diesen Monopolen zu erzielen und deren Einkünfte zu besteuern. Die USA wehren sich mit allen Mitteln dagegen. Das ist also ein weiteres Warnsignal – sozusagen der Kanarienvogel in der Kohlengrube –, das zeigt, inwieweit Europa bereit ist, seine eigenen finanzpolitischen Interessen, seine Zahlungsbilanzinteressen, seine industriellen Interessen und seinen Lebensstandard den Forderungen der USA zu opfern.

Ian Proud: Ganz genau, und wie Sie andeuten, hat das mehrere Dimensionen. Die wichtigste ist natürlich die Energie. Dieser Versuch, Sanktionen gegen russisches LNG zu verhängen (der briti-

sche Finanzminister setzte sich beim G20-IWF-Treffen in Bangkok für Sanktionen gegen russisches LNG ein), ist mitten in einer Energiekrise wirtschaftlich gesehen das Dummste, was man tun kann. Der Plan sieht vor, die EU und das Vereinigte Königreich ein wenig von den USA und Norwegen energieabhängig zu machen – denn Norwegen ist ja bekanntlich ein großer Lieferant. Im Wesentlichen geht es jedoch darum, die Energieabhängigkeit von den USA zu erhöhen, und zwar zu wesentlich höheren Energiekosten, als sie entstehen würden, wenn man das Recht hätte, seine Energiepartnerschaften diversifiziert zu wählen – was im Grunde bis etwa 2014 der Fall war.

Aber natürlich hat das zur Folge, dass sich der große Handelsüberschuss, den Europa gegenüber den USA hat, automatisch verringert, nicht wahr?

Ich meine, das lenkt sofort einen Großteil des Handels zurück auf die amerikanische Seite der Bilanz, weil sie plötzlich den Großteil unserer Energie liefern. Das gibt der US-Wirtschaft also einen Schub. Es verändert zwar nicht wirklich, wie viel europäisches Kapital in die USA fließt, aber es verbessert die allgemeine Handelsbilanz der USA.

Was nun die Steuern angeht: Wie Sie sagen, haben die USA die Oberhand, wenn es darum geht, Steuerpolitiken zu blockieren. Sie können also sagen: „Ihr dürft unsere KI-Unternehmen nicht besteuern, ihr dürft Amazon nicht besteuern, ihr dürft Google nicht besteuern, und geht nicht so hart mit ihnen ins Gericht; andernfalls werden wir Strafmaßnahmen gegen euch verhängen.“

Zusätzlich zu der Tatsache, dass sich die Handelsbilanz stärker zugunsten der USA verschiebt, erheben sie weiterhin Zölle auf den bestehenden Handel mit Europa, auch wenn diese auf 15 Prozent gesenkt wurden.

Und obendrein sagen sie: „Na ja, man kann keine nennenswerten Investitionen von Chinesen, Russen, Iranern oder wem auch immer, den wir gerade nicht mögen, in die eigene Wirtschaft zulassen.“ Es gibt also eine ganze Reihe von Ebenen, auf denen die USA unsere Wirtschafts- und Industriepolitik diktieren. Stimmt's? Ich meine, wer würde dem zustimmen? Und es ist nicht nur ein Land; es sind 28 EU-Länder, die dem zustimmen. Das ist verrückt, oder?

Michael Hudson: Nun, ich bin froh, dass Sie China erwähnen, denn Trump hat Europa mit dem Diesel-Deal gedroht: Er sagte, wenn ihr diesem Deal nicht zustimmt, werde ich die US-Diesel-exporte an euch komplett einstellen.

Und er nutzt die Abhängigkeit, die Europa von den USA aufgebaut hat, als Druckmittel, um eine umfassende europäische Politik durchzusetzen, einschließlich der Beteiligung am Kampf der USA gegen China.

Und das ist die andere Nachricht, die diese Woche in diesem Zusammenhang aus Europa kommt. Darauf möchte ich kurz eingehen, denn abgesehen davon, dass Europa offenbar ein wirtschaftliches Interesse an einer Zusammenarbeit mit den USA hat, befindet sich die EU in einem Handelskrieg mit China, und ich halte einige Aspekte dieses Konflikts für so einzigartig, dass ich ein paar Worte dazu sagen möchte.

EU im Handelskrieg mit China

China hat zugestimmt, seine Autoexporte in die EU von 800.000 im Jahr 2025 auf nur noch 350.000 im nächsten Jahr zu reduzieren. Das hat mich überrascht, denn in den fortgeschrittenen Gesprächen

und in den Berichten vor dem vergangenen Freitag – bevor die Details dieser Vereinbarungen bekannt wurden – war die Rede davon, dass China seine Autoexporte um ein Drittel oder mehr zurückfahren könnte, aber nun hat es weitaus mehr getan.

Und die EU beklagt, dass ihr Handelsdefizit gegenüber China, das im Jahr 2025 bei 250 Milliarden Pfund (287 Mrd. Euro) lag, in diesem Jahr nun sehr stark um mindestens 10 Prozent ansteigt, und die EU betrachtet diesen Handel nicht als eine Chance, ihre Lebenshaltungskosten und ihre Geschäftskosten durch Einkäufe auf dem billigsten Markt niedrig zu halten, sondern sieht darin eine unfaire Ausbeutung. Und die EU-Automobilindustrie hat in dieser ganzen Konfrontation die Vorreiterrolle übernommen, nach dem Streit um Batterien, der größtenteils von den Niederlanden geführt wurde, indem sie die Vereinbarungen mit einem chinesischen Unternehmen kündigten, das zu mehr als 50 Prozent im chinesischen Besitz war.

Was wir also derzeit beobachten, ist, dass die EU Chinas Importe von Elektrofahrzeugen, insbesondere von Plug-in-Hybriden, stoppen will. Nun, die Hauptfahrzeuge, die durch Chinas Automobilhandel mit Europa ersetzt wurden, sind dabei Musks Tesla-Fahrzeuge. Das Argument der EU ist nichts weiter als eine rhetorische Farce. Es lautet, dass jeder Export aus China das Ergebnis von Überproduktion sei und jede Überproduktion als Dumping bezeichnet werde.

Das ist eine Orwellsche Rhetorik. Die Exporte eines jeden Landes sind per Definition Überproduktion, denn wenn man nicht genug über den Inlandsverbrauch hinaus hätte, um zu exportieren, gäbe es keinen Handel. Die Alternative zur Überproduktion ist also völlige Autonomie, Isolation. Das ist Unsinn.

Das eigentliche Problem, über das die EU nicht sprechen will, ist, dass China seine Industrie tatsächlich subventioniert, und die EU hat diese neuen Abkommen als Antisubventionszölle bezeichnet. Tatsache ist jedoch, dass jede Regierung ihre Schlüsselindustrien subventioniert hat, genauso wie die EU ihre Landwirtschaft subventioniert. Seit der Agrarpolitik des Gemeinsamen Marktes bestand die gesamte Strategie des industriellen Kapitalismus seit seinen Anfängen im 19. Jahrhundert darin, dass Regierungen Subventionen für Grundlagenforschung und die Entwicklung von Schlüsseltechnologien bereitstellen sowie Subventionen gewähren, um die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Industrie zu steigern.

Deshalb haben alle Regierungen in Europa und den USA erklärt, dass sie keine privaten Monopole in den Bereichen Kommunikation und Verkehr sowie andere natürliche Monopole zulassen würden. Diese Aufgaben sollen von der Regierung übernommen werden, da anerkannt wurde, dass diese Dienstleistungen zu Selbstkosten erbracht werden, anstatt Gewinne oder Monopoleinkünfte einzubeziehen.

Nun, seit den 1980er Jahren und insbesondere in den letzten Jahrzehnten hat Europa die amerikanische neoliberale Politik übernommen, bei der der Aktienmarkt an erster Stelle steht. Es handelt sich um eine staatsfeindliche neoliberale Philosophie, die besagt, dass der Staat sich gänzlich aus jeglicher Rolle zurückziehen und alles der Privatwirtschaft überlassen sollte.

Nehmen wir einmal an, Sie sind Finanzmanager bei einem europäischen Automobilhersteller oder einem Unternehmen aus einer anderen Branche. Dann stehen Sie vor einer Entscheidung: Wofür werden Sie die Gewinne verwenden, die Sie erzielen – also die Gewinne, die nach dem „Anti-Russland-Deal“ übrig bleiben? In den USA werden 94 Prozent des Unternehmens-Cashflows für

Dividendenausschüttungen an Aktionäre und Aktienrückkäufe ausgegeben. Gekürzt wird hingegen bei Forschung und Entwicklung sowie bei jeglicher Art von langfristigen Investitionen in Fabriken und Produktionsmittel, deren Aufbau viel Zeit in Anspruch nimmt. Und der Grund dafür ist, dass der Finanzsektor – sei es in den USA oder in Europa – kurzfristig orientiert ist, und kurzfristig bedeutet für die Unternehmenswirtschaft: Wie stützen wir unsere Aktienkurse? Und man stützt seine Aktienkurse, indem man langfristige Investitionen vermeidet und von Jahr zu Jahr, ja sogar von Quartal zu Quartal lebt, um das Vermögen der Aktionäre zu steigern – und genau das tut Europa.

Betrachten Sie einmal, wie sich die USA und Europa traditionell durch staatliche Investitionen im Weltraumrennen, in militärische Technologien und in fast allen anderen Technologiebereichen entwickelt haben: Die Regierungen haben enorme Summen in Forschung und Entwicklung gesteckt, darunter auch in die pharmazeutische Forschung und Entwicklung – insbesondere in den USA, mit denen ich besser vertraut bin.

Und sobald die staatliche Forschung Ergebnisse liefert, stellt sie diese dem privaten Sektor zur Verfügung, damit dieser sie kommerzialisieren und Gewinne erzielen kann. Nun, man nennt das zwar ein „Geschenk“, aber so funktioniert der industrielle Kapitalismus nun einmal.

Die Regierung tätigt die langfristigen Investitionen, lässt die Privatwirtschaft kurzfristig agieren, diese kommerzialisieren und ihre Arbeit gut machen. Genau das hat China getan. Es hat einen größeren Anteil seines BIP als jedes andere Land für Forschung und Entwicklung aufgewendet, und sein Bildungssystem hat sich auf MINT konzentriert – also vor allem auf Naturwissenschaften und Technik –, und die Führungskräfte des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas verfügen im Grunde alle über einen naturwissenschaftlich-technischen Hintergrund. Es handelt sich nicht um Führungskräfte aus der Finanzwelt.

In China gibt es keinen Finanzsektor mit Banken, der entscheidet, wer die geschaffenen Kredite erhält und wofür diese verwendet werden sollen. Werden sie dazu genutzt, um finanziell oder industriell Geld zu verdienen? Europa, die USA und der gesamte Westen haben sich dafür entschieden, Geld auf finanzieller Ebene zu verdienen, nicht durch langfristige industrielle Investitionen, und deshalb findet in den USA eine Deindustrialisierung statt.

Und genau diese Deindustrialisierung und diese kurzfristige Denkweise haben das Land dazu gezwungen, sich an Europa zu wenden. An wen sollte es sich besser wenden als an seine eigenen Verbündeten – Europa, Japan und Südkorea –, um Subventionen und faktisch Tribut zu erhalten, mit denen es den wirtschaftlichen Überschuss finanzieren kann, den es im eigenen Land unter seiner finanzkapitalistischen Wirtschaft, die die Industriewirtschaft abgelöst hat, nicht mehr erwirtschaftet.

Nun, genau das tut Europa. Die europäischen Automobilhersteller, Batteriehersteller und andere Technologieunternehmen waren einfach nicht in der Lage, in die langfristigen Innovationen zu investieren, die es China ermöglicht haben, Elektrofahrzeuge und Batterien zu produzieren – sowie in die gesamte damit verbundene Technologie, die China diesen Handelsvorteil gegenüber Europa und dem Westen verschafft hat. Schauen wir uns die Folgen dessen an, was wir gerade in der Diskussion dieser Woche über Europa beobachten.

Zumindest die *Financial Times* scheint die einzige Zeitung zu sein, die tatsächlich darüber berichtet, was Europa tut. Die chemische Industrie in Europa sagt nun: „Nun, wir wollen für chinesische Importe dieselben Beschränkungen, die die EU den Automobilherstellern auferlegt.“

Aber ich glaube, ein Grund dafür, dass China bei diesem Autoabkommen mit Europa so große Zugeständnisse gemacht hat, ist, dass es gesagt hat: „Okay, wir haben uns das Recht vorbehalten, dass wir im Falle eines Verstoßes gegen diese Vereinbarungen vor die Welthandelsorganisation gehen und rechtliche Schritte wegen Ausgleichszöllen gegen Europa einleiten können“, und man sieht, dass Chinas Verhandlungen mit der Automobilindustrie ihm das Druckmittel verschafft haben, zu sagen: „Na gut, jetzt werden wir euch keine weiteren Handelszugeständnisse mehr machen, schon gar nicht in der chemischen Industrie. Eure europäische Chemieindustrie ist hochpreisig, weil Chemikalien aus Schwefel, Öl und Gas hergestellt werden, die ihr früher aus Russland bezogen habt, dem ihr nun den Rücken zugekehrt habt. Ihr werdet von uns nicht verlangen, dass wir unsere Exportmöglichkeiten in euer Land aufgeben, damit ihr einen kostenintensiven Binnenmarkt schaffen könnt, um euch auf die USA zu verlassen – die ebenso wie ihr erklärt haben, dass sie in den nächsten Jahren Krieg gegen China führen werden.“

Das ist für mich absolut verrückt; das ist der große Kontext, der all diese Verhandlungen prägt.

Ian Proud: Ja, da stimme ich voll und ganz zu, und ich teile auch die Unterscheidung, die Sie treffend zwischen Industriekapitalismus und Finanzkapitalismus machen, und wie dies China – ebenso wie Russland, wenn man das schon einmal anspricht – tatsächlich von den westlichen Nationen unterscheidet. Was jedoch den Dienstleistungssektor mit Europa betrifft, so ist einer der grundlegenden Gründe dafür, dass chinesische Exporte – neben Forschung und Entwicklung sowie Investitionen – wettbewerbsfähiger sind, dass das Gleichgewicht ihrer Währung von Natur aus schwächer ist als das des US-Dollars, da sie nicht in gleicher Weise finanzialisiert ist.

Sie verfügt nicht über das exorbitante Privileg der Rolle des Dollars als weltweit bevorzugte Reservewährung, auf die 60 Prozent der gesamten Reserven entfallen. Chinas Anteil liegt, glaube ich, derzeit bei weniger als 5 Prozent – so viel ist weltweit in Renminbi reserviert. Das bedeutet natürlich, dass die Währung von Natur aus schwächer ist. Sie exportieren daher mehr, als sie an Investitionsströmen in ihr Land erhalten, was das genaue Gegenteil dessen ist, was in den USA geschieht.

Was also in Europa geschieht, ist zum Teil einfach darauf zurückzuführen, dass China bei Exporten ein wettbewerbsfähigeres Land ist. Und natürlich führen darüber hinaus die Konflikte und Turbulenzen auf dem Energiemarkt für europäische Exporteure dazu, dass die Produktionskosten so viel höher sind, als sie es sonst wären, oder?

China hat also einen Währungsvorteil, aber auch einen Exportvorteil, weil die Produktion in Europa einfach viel teurer ist als in China, oder?

Ich meine, das ist grundlegende Wirtschaftswissenschaft, die sogar ich als Diplomat erkennen kann, aber viele Menschen sehen das nicht. Ich glaube jedoch, dass es bei der Positionierung der USA vor allem darum geht, das zu tun, was die Amerikaner wollen, nämlich sich gegen das chinesische Preis-Dumping zu wehren. Es ist einfach eine weitere Erzählung, an der man festhalten muss, ohne an die längerfristigen Konsequenzen zu denken – etwa in Bezug auf die Beschränkungen, die China für den Export von Seltenerdmetallen und Ähnlichem verhängen könnte. Der ganzen Sache mangelt es an intellektueller Klarheit bei der Politikgestaltung in Europa, und dabei kommt noch eine gehörige Portion Schikane seitens der Amerikaner hinzu.

Europas Selbstaufgabe

Michael Hudson: Nun, um Klarheit zu gewinnen, muss man alles in sehr einfache Begriffe fassen. Was bestimmt die Kostenstruktur und den Wechselkurs eines Landes? Dabei gibt es im Grunde zwei große Dimensionen: zum einen den Handel, und der Handel ist eine Funktion der Produktionskosten, der Lebenshaltungskosten und der Kosten für die Geschäftstätigkeit – und die Produktionskosten setzen sich zum größten Teil aus den Energiekosten zusammen.

Denn wenn man sich die steigende Produktivität eines beliebigen Landes ansieht – sei es in Europa oder in Amerika –, gehen der Anstieg der Produktivität und der Energieverbrauch pro Arbeitnehmer Hand in Hand. Energie bestimmt also die Produktivität und damit die Kostenstruktur. Und indem sich Europa von der kostengünstigen Energie abwendet und auf teure US-Energie umsteigt, beraubt es sich selbst dessen, was das Wesentliche der europäischen Handelspolitik während des gesamten 19. und des größten Teils des 20. Jahrhunderts ausmachte. Die Idee dahinter ist, die Kosten für Rohstoffimporte zu minimieren, um sich auf die Weiterverarbeitung der Waren zu konzentrieren, also die Rohstoffe zu Fertigprodukten zu verarbeiten.

Genau darum ging es 1815 in England bei den Debatten um das Korngesetz. Kauft ein, aber verlasst euch nicht auf die kostspielige heimische Landwirtschaft. Verlasst euch auf den Import eurer Lebensmittel und Rohstoffe, und wir Briten werden unsere Gewinne damit erzielen, diese Rohstoffe in dieser Werkstatt der Welt zu Fertigprodukten zu verarbeiten. Das wird es uns ermöglichen, Handelsüberschüsse zu erzielen, zu Gläubigerländern zu werden und ein Imperium zu haben. Nun, das war die gesamte Logik.

Doch nun hieß es: Wir wollen die Kosten für Rohstoffe nicht minimieren. Wir wollen die USA so weit wie möglich unterstützen, und wir sind bereit, diese gesamte Strategie zu opfern, die Großbritannien und Europa im industriellen Kapitalismus so dominant gemacht hat. Wir werden unsere Loyalitäten im Wesentlichen auf die USA verlagern.

Nun, abgesehen vom Handel bedeutet das, dass sich Europa im Handel selbst eine Hand auf den Rücken bindet. Seine Produktionskosten werden steigen. So kann man andere Märkte nicht ausstechen und die Werkstatt der Welt sein. Was die Investitionen betrifft, so haben Europa und insbesondere Großbritannien enorme Investitionen im Ausland getätigt, und das war Teil der Zuflüsse in die Zahlungsbilanz, vor allem im Rahmen des „Empire-Preference“-Systems, das so lange bestand, bis es 1944 bei den Verhandlungen über die Nachkriegsordnung an die USA abgetreten wurde.

Nun sind es also die USA, die in Europa investiert haben und Einnahmen, Gewinne und Zinsen aus der europäischen und der britischen Wirtschaft in ihr eigenes Land abziehen. Und die einzige Möglichkeit, wie Europa all dies stabilisieren kann, besteht darin, diese Gewinne zumindest zu besteuern, so wie es seine eigenen Unternehmen besteuert, aber es sagte: „Na gut, genauso wie wir unseren Produzenten keinen Vorteil verschaffen, indem wir kostengünstige Energie kaufen, werden wir auch keine amerikanischen Unternehmen besteuern – insbesondere nicht in den Bereichen KI und in Sektoren, die die USA monopolisieren wollen, um sie als Engpässe zu nutzen und so ihre eigenen Monopoleinnahmen gegenüber dem Rest der Wirtschaft in den Bereichen Informationstechnologie, Meta, Google und Automatisierungstechnik zu erzielen.“

Das bedeutet also, dass Europa seiner Technologie jede Chance auf einen technologischen Wettbewerb mit amerikanischen Unternehmen genommen hat, die als Erste auf den Markt kommen oder Produktionsstätten errichten, die in Europa tatsächlich weniger Steuern zahlen als selbst in den USA? Wenn man normalerweise prognostiziert, was ein Land oder ein Kontinent wie Europa tun wird, fragt man sich: Was liegt in seinem Eigeninteresse? Das ist der realistische oder materialistische Ansatz, wonach Volkswirtschaften in ihrem eigenen Interesse handeln. Das ist hier nicht der Fall.

Wer hätte vorhersagen können, dass ein ganzer Kontinent nicht in seinem eigenen wirtschaftlichen Interesse handelt, sondern im Interesse der USA, als wäre er nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern auch ein politischer Satellit? Wie ist es dazu gekommen?

Ian Proud: Genau. Na ja, man braucht eben einen Feind, um die Gedanken zu bündeln, und für uns ist dieser große Feind Russland. Nun, so wird es jedenfalls dargestellt. Auch wenn Russland mit seinen billigen Energielieferungen eigentlich einer der Gründe für den wirtschaftlichen Erfolg in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war, nicht wahr? Die Verfügbarkeit billiger Energie – selbst als es noch die Sowjetunion war: Unter Ronald Reagan versuchten die Amerikaner, den Deutschen den Kauf von Energie aus der Sowjetunion zu verbieten.

Wir brauchen Russland als Feind. Daher ist der Verzicht auf günstige Produktionsfaktoren nur ein Opfer, denn sie sind der Feind, und daher sind das Kosten, die wir in Kauf nehmen müssen. Aber denken wir mal zurück an die Debatte um NordStream 2 und übrigens auch um NordStream 1, diese Gaspipelines nach Deutschland.

Eines der großen Argumente der Amerikaner lautet, dass die Russen Energie als Waffe einsetzen. Sie können die Lieferungen jederzeit unterbrechen. Es gab einen einzigen, sehr kurzen Konflikt – ich glaube, im Januar 2009 –, im Wesentlichen, weil die Ukrainer sich weigerten, ihre Rechnungen zu bezahlen. Es gab eine einzige, sehr kurze, vorübergehende Unterbrechung der Lieferungen. Das war's. Ich meine, die Russen sind immer unglaublich zuverlässige Lieferanten, weil das Teil ihres Wirtschaftsmodells ist, oder? Ich meine, sie exportieren Energie. Das ist ein großer Teil ihres Wirtschaftsmodells. Sie waren schon immer sehr zuverlässig, aber diese Erzählung, dass Russland Energie als Waffe einsetzt ...

Jetzt sind es eigentlich die Amerikaner, die die obersten „Waffeneinsetzer“ sind, oder? Ich meine, sie setzen alles als Waffe ein. Die Russen haben Energie nie als Waffe eingesetzt. Die Amerikaner setzen jetzt alles als Waffe ein. Aber das liegt daran, dass wir einen Feind brauchen, und natürlich ist da noch die andere Sache: Tatsächlich können wir einen Mangel an industrieller Kapazität ausgleichen, indem wir einfach militarisieren, um das Wachstum durch militärischen Keynesianismus anzukurbeln. Okay, gut, aber wie führt man einen Krieg, wenn man keine Energie hat?

Das ist so: Wie soll man Panzer bauen, wenn man keine Energie hat? Und wie soll man Panzer bauen, wenn man keine Industrie hat? Womit sollen wir denn einen Krieg führen?

Das ist die andere Frage. Wir haben keine Energie. Wir haben keine Industrie. Wir haben eine Bevölkerung, die nicht kämpfen will. Wir haben keine Liquidität. Wie viel verfügbares Bargeld braucht man, um einen Krieg zu führen? Wir haben keines, weil unsere Verschuldung so hoch ist. Also, womit sollen wir denn einen Krieg führen? Das ist eine große Frage.

Michael Hudson: Nun, man sieht ja, wie schockiert Präsident Putin von all dem war. Als er das Amt von Jelzin übernahm, war seine gesamte Ausrichtung darauf ausgerichtet, Europa als eine natürliche Union mit Russland zu betrachten, und Russland wollte, dass europäische Investitionen ins Land fließen und die russische Industrie auf dieselbe Weise entwickeln, wie sie die europäische Industrie entwickelt hatte.

Ja, Europa hätte in Russland das tun können, was es in China versucht hat: dort einen Markt aufzubauen, einen gebundenen Markt zu schaffen und die Produktion mit voller Unterstützung der russischen Regierung zu fördern. Ihre gesamte Ausrichtung beruhte darauf, dass sie erkannt hatten, dass die stalinistische Bürokratie nicht funktioniert. Wir und sie wollten das westliche Modell, aber das westliche Modell bedeutete nicht, es so zu machen, wie wir es gemacht hatten. Es hieß: „Macht es so, wie wir es euch sagen“ – was letztendlich zu dieser ganzen schrecklichen Kleptokratie der 1990er Jahre führte.

Europa hätte eine Alternative bieten und tatsächlich damit beginnen können, eine Alternative zu dieser Kleptokratie zu schaffen, wenn es dort produktive Investitionen getätigt hätte – doch all die Märkte, die es verlor, hat es aufgegeben. Das sind die wahren Opportunitätskosten (entgangene Gewinne). Ja, dieser Hass auf Russland, der wohl bis in den Krimkrieg zurückreicht, als Großbritannien und Frankreich das Osmanische Reich unter sich aufteilen wollten, im Gegensatz zu Russland.

Ian Proud: Ich glaube, das reicht noch weiter zurück, bis zum „Great Game“ in Zentralasien. Aber ich muss da widersprechen – kein großer, sondern nur ein kleiner Meinungsunterschied. Ich würde behaupten, dass es den Europäern in der ersten Hälfte – okay, vergessen wir die 1990er Jahre, die unter Jelzin von „Banditenkapitalismus“ geprägt waren – in der ersten Hälfte der 2000er Jahre gelungen ist, dies gemeinsam mit Russland zu erreichen. Diese Art von großen Investitionen europäischer Unternehmen in den russischen Markt, angefangen mit einer großen Investition von Volkswagen im Gebiet Kaluga, das nur ein paar Stunden von Moskau entfernt liegt. Alle möglichen westlichen Unternehmen investierten auf dem russischen Markt, ein riesiges Publikum. Ich denke, Sie wissen, dass wir hier im Vereinigten Königreich Nissan-Fahrzeuge produzieren. Russland war unser größter Markt für das Nissan-Modell Qashqai aus dem Werk im Nordosten Englands. Als ich nach Ausbruch der Ukraine-Krise in Moskau war, eröffnete das Pharmaunternehmen AstraZeneca dort ein neues Werk. JCB war riesig.

Das war wirklich lustig. Ich saß mit Richard Sakwa im Bus. Wir waren auf dem Weg nach Moskau, um vor ein paar Wochen Putins Plenarsitzung beizuwohnen, und ich erzählte Richard von all diesen britischen Investitionen, die in den 2000er Jahren getätigt worden waren. Ich sagte: „Schau mal, und JCB“, und gerade als ich das sagte, fuhr dieser JCB auf der Autobahn vorbei. Es war wie ein Bader-Meinhof-Moment.

Aber der Punkt ist, dass das tatsächlich passierte. Weißt du, die EU machte 40 Prozent der russischen Importe aus – ich glaube, 2014 waren es sogar fast 45 Prozent. Aber wir haben es geschafft, das komplett zu zerstören. Wir haben das getan, nicht die Russen. Das war unsere Entscheidung.

Wir haben uns dafür entschieden, all diese großartigen Verbindungen, diese wirtschaftlichen Verbindungen, die wir aufgebaut hatten, zu zerstören. Es ist also tatsächlich passiert, Michael. Mein Punkt ist, dass wir das getan haben.

Den Russen hat es gefallen. Ich erinnere mich, dass ich zu Präsentationen in Kaluga in der Nähe des Volkswagen-Werks gegangen bin, und der dortige Gouverneur war auch da, und die deutschen Unternehmensvertreter sagten: „Na ja, als wir zum ersten Mal hierherkamen, gab es etwa 20 verschiedene Aufsichtsbehörden, deren Prüfungen wir bestehen mussten, wir mussten einige Bestechungsgelder zahlen, und diese Person verlangte endlose Formulare, und jene Person verlangte all diese Dinge, und der Druck war enorm.“ Er sagte: „Aber sobald der neue Gouverneur antrat, meinte er: ‚Wissen Sie, rufen Sie einfach in meinem Büro an. Wenn Sie Hilfe brauchen, werden wir all diese sowjetische Bürokratie und diesen Unsinn, die Bestechungsgelder und all das einfach umgehen.‘“ Und das hat das Geschäftsleben so viel einfacher gemacht. Und das hat sich in vielen russischen Regionen wiederholt. Vielleicht nicht in jeder einzelnen russischen Region, aber Russland kletterte, während ich dort war, rasch im „Ease of Doing Business“-Index der Weltbank nach oben. Aber wir haben uns entschieden, das zunichte zu machen. Das ist das Verrückte daran.

Michael Hudson: Meinen Sie mit „wir“ die europäische Industrie?

Ian Proud: Nein, es war nicht die Industrie. Volkswagen war das erste Unternehmen, das sich wirklich intensiv engagiert hat. Diese große, alte Fabrik dort – es wurden sogar Dokumentarfilme darüber gedreht, wie sich der „Kaluga-Effekt“ und wie sich das auf andere Teile Russlands ausgewirkt hat. Verschiedene Regionen wollten ebenfalls europäische Unternehmen anziehen, also mussten sie ihre Geschäftspraktiken und alles andere verbessern. Nein, es waren nicht die Unternehmen selbst. Die Unternehmen waren mehr als zufrieden. BP hielt einen Anteil von 19,75 Prozent an Rosneft. BP wäre geblieben, aber die Regierung sagte: „Nun, ihr müsst raus“, und sie mussten raus. Und ja, ich meine, der ehemalige Präsident von BP ist jetzt Präsident von BP in Jamaika, glaube ich, oder so ähnlich. Nachdem er in Russland war, wurde er nun in die Karibik versetzt. Aber, na ja, so ist das eben. Ich meine, das sind die verrückten Entscheidungen der Regierung.

Michael Hudson: Sie beschreiben also im Wesentlichen, dass die industrielle Investitionspolitik von den Unternehmen durch die Regierungspolitik im Dienste der US-Neokonservativen vereinbart wurde.

Ian Proud: Ganz genau. Und die europäischen Neokonservativen – falls es sie überhaupt gibt –, denn wie Sie wissen, wurden sie in ihrer Karriere von den USA unterstützt. Es ist wichtig zu betonen, dass in der ersten Phase der Ukraine-Krise vor allem die Amerikaner und die Briten den Ton angaben. Auch wenn wir weiterhin in Russland investierten, haben wir diese Linie wirklich vorangetrieben. Insbesondere die Deutschen, aber auch die Franzosen, Italiener und Spanier – sie waren ja sehr daran interessiert, ihre Geschäfte weiterzuführen, damit diese Fabriken gute Geschäfte machten; Russland war ein großartiger Markt, ein für sie sehr aufnahmefähiger Markt. Aber erst seit Beginn des Krieges haben die europäischen Neokonservativen das Ruder übernommen, und das sind im Grunde die Nichtgewählten, die in Brüssel leben. Ich meine, soweit ich das sehen kann, sind sie von den Merzen und den Macrons und all diesen Leuten, die ebenfalls dazugekommen sind, unter Kontrolle gebracht worden.

Michael Hudson: Sie haben die europäischen Neokonservativen als bloße Schatten der US-Neokonservativen beschrieben, weil die Vereinbarungen, die sie getroffen haben, alle zugunsten der USA und nicht zugunsten Europas im eigenen Interesse Europas ausgehandelt wurden.

Ian Proud: Ja, genau so ist es. Sogar Merz sagt in einem Interview: „Nun, wissen Sie, Deutschland hat sehr davon profitiert, sehr von billiger russischer Energie profitiert. Aber das war eine Sucht.“

Es ist so, als wäre kostengünstige Produktion eine Sucht. So wie Gewinne, Industriegewinne und industrielle Produktion eine Sucht sind. Das hat er gesagt. „Aber wir müssen uns einfach daran gewöhnen, dass die Russen diese billige Energie genutzt haben, um immer wieder zu versuchen, uns wirklich zu schaden“, was sie aber gar nicht getan haben. Sie haben nur versucht, sie zu verkaufen, weil es ihrer Wirtschaft zugutekommt, sie zu verkaufen. Es ist einfach so, ich meine, Merz ist offensichtlich eine Figur von Blackrock. Was erwartet man also? Ich meine, all diese „Plug-in“-Leute. Sie waren in Washington, D.C. Sie waren in San Francisco. Man hat ihnen den richtigen Mikrochip ins Gehirn implantiert, wie im Film „Running Man“ mit Arnold Schwarzenegger, damit sie genau das tun, was man ihnen sagt. Richtig?

Michael Hudson: Das Ergebnis ist, dass Russland Europa und dem Westen den Rücken gekehrt hat. Es will Europa nicht erobern. Das lohnt sich nicht. Es gibt keinen Gewinn. Es gibt keine Motivation. Russland tut genau das, was man von Europa erwartet hätte: Es treibt Handel mit China, Asien, der globalen Mehrheit und dem globalen Süden, und es hat überhaupt kein Interesse an Europa. All diese Fantasievorstellungen, dass Russland irgendwie etwas davon hätte, 50 Millionen Soldaten zu opfern, um in einem Krieg, der innerhalb von zwei Stunden vorbei wäre, noch bevor die Truppen überhaupt in ein Flugzeug steigen könnten, in Europa einzumarschieren – das ist Unsinn. Wenn es überhaupt einen Krieg gibt, wird er ausschließlich mit Raketen ausgetragen. Es wird also ein kurzer Krieg sein. Russland hat nichts zu verlieren, wenn es Europa und Amerika verliert. Es hat ihnen bereits den Rücken zugekehrt, und Europa ist genauso. Was soll ich sagen? Wir leben in einer fiktiven Welt.

Ian Proud: Ja, absolut fiktiv. Das ist ja fast wie aus einem Buch von George Orwell, oder? Das wissen Sie ja. Aber ja, ich meine, ich war in Moskau, und ich war nicht nur in Moskau. Wir haben in diesem Resort zwei Stunden außerhalb von Moskau übernachtet, also sind wir auf dem Weg dorthin durch viele Städte gefahren und haben dabei all diese brandneuen mehrspurigen Autobahnen gesehen, die seit meinem letzten Besuch in Russland vor sieben Jahren gebaut wurden – damals war das Straßennetz außerhalb von Moskau wirklich noch nicht besonders gut. Um ehrlich zu sein, fingen sie damals gerade erst an, eine richtige Autobahn zu bauen, Sie wissen schon, eine große mehrspurige Autobahn bis nach St. Petersburg. Aber jetzt, ich meine, das Leben geht ganz normal weiter, es sind Autos auf den Straßen. Einige Tankstellen haben geschlossen. Ich glaube, man konzentriert sich offensichtlich auf eine geringere Anzahl von Tankstellen. Es sind immer noch viele Autos unterwegs, aber ja, ich meine, die Leute machen einfach weiter mit ihrem Leben. Während wir paranoid und besessen sind und fast schon im **Stockholm-Syndrom** gefangen sind, oder?

Wir hassen die Amerikaner irgendwie, aber wir wollen nicht, dass sie gehen, weil wir sie gleichzeitig auch lieben. Wir lieben die Strafen, die wir von ihnen bekommen, und ich glaube, genau darum geht es doch, oder? Es ist wie ein europäisches Stockholm-Syndrom. Besser kann ich es nicht beschreiben, Michael.

Wie auch immer, das war sehr tiefgründig und regt zum Nachdenken an. Ich würde gerne noch mehr mit Ihnen über die gesamten industriellen Verflechtungen zwischen Europa und Russland sprechen, denn das war schon etwas ganz Besonderes. Das war es wirklich, als ich dort war, und jetzt ist alles zerstört. Und das ist so eine große Schande. Aber so sieht es nun mal aus, Professor

Michael Hudson; vielen Dank wie immer für Ihre Teilnahme. Vielen Dank an alle fürs Zuschauen, wo auch immer auf der Welt ihr seid, unabhängig von eurer Nationalität und eurer Religion. Ich wünsche euch viel Frieden. Und Michael, danke für Ihre Zeit heute. Lassen Sie uns das bald wiederholen.

Michael Hudson: Ich mag unsere Diskussionen.